

Bitte Zutreffendes ankreuzen . Bitte sorgfältig in Druckschrift ausfüllen.

Hinweis: Wer Sozialleistungen beantragt, muss nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch alle für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen angeben und die verlangten Nachweise vorlegen. Ihre Angaben sind aufgrund der Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über Ihren Antrag erforderlich (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, wenn Sie eine Sozialleistung beantragt haben oder beziehen, so kann die Sozialleistung versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Formblatt 7									
Förderungsnummer									
Eingangsstempel									

Zeile

1	Name, Geburtsname	
2	Vorname	Geburtsdatum

Antrag der/des Auszubildenden auf Aktualisierung nach § 24 Abs. 3 BAföG

Der Antrag auf Aktualisierung kann nur bis zum Ablauf des Bewilligungszeitraumes gestellt werden (Ausschlussfrist).
Für die Entscheidung über diesen Antrag muss auch die Erklärung auf Formblatt 3 für das vorletzte Kalenderjahr vorliegen.

Für den Bewilligungszeitraum von bis beantrage ich,

dass bei der Anrechnung des Einkommens meines/meiner

Ehegatten
 Vaters
 Mutter

Die Aktualisierung ist ggf. für jede/n Einkommensbezieher/in gesondert zu beantragen.

von den Einkommensverhältnissen im **Bewilligungszeitraum** ausgegangen wird, weil sein/ihr Einkommen im Bewilligungszeitraum voraussichtlich wesentlich geringer sein wird als das im Formblatt 3 erklärte Einkommen.

Mir ist bekannt, dass

- **Ausbildungsförderung auf der Grundlage der aktuellen Einkommensverhältnisse unter dem Vorbehalt der Rückforderung geleistet wird.**
- **ich unverzüglich und unaufgefordert alle Änderungen anzeigen muss.**
- **ich unverzüglich und unaufgefordert die für die endgültige Feststellung des Einkommens erforderlichen Unterlagen vorlegen muss.**
- **ich verpflichtet bin, eine sich bei der endgültigen Berechnung ergebende Überzahlung zu erstatten.**
- **ich nach Stellung eines Antrages auf Aktualisierung - auch bei einer Einkommensverbesserung - die Anrechnung des Einkommens aus dem vorletzten Kalenderjahr nicht mehr verlangen kann.**

Ort, Datum

Unterschrift der/des Auszubildenden

Erklärung der Einkommensbezieherin/des Einkommensbeziehers

Gründe für die Einkommensminderung (z.B. Bezug von Arbeitslosengeld, Altersruhegeld, Erwerbsminderungsrente):

Zur Glaubhaftmachung der Einkommensminderung füge ich folgende Belege bei (z.B. Rentenbescheid oder Bescheid über Arbeitslosengeld, bei Selbständigen die letzten Umsatzsteuererklärungen in Kopie):

Die Einkommensminderung wurde/wird wirksam ab

<input style="width: 90%;" type="text"/>	<input style="width: 90%;" type="text"/>	<input style="width: 90%;" type="text"/>
--	--	--

Art der Erwerbstätigkeit

- erwerbstätig als rentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in (z.B. Arbeiter/in, Angestellte/r) oder in Ausbildung.
- erwerbstätig als nichtrentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in oder als Person im Ruhestandsalter, die einen Anspruch auf Alterssicherung aus einer renten- oder nichtrentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit hat (z.B. Beamtin/Beamter oder Beamtin/Beamter im Ruhestand, Altersrentner/in).
- erwerbstätig als Nichtarbeitnehmer/in (z.B. Selbständige/r) oder auf Antrag von der Versicherungspflicht befreite/r oder wegen geringfügiger Beschäftigung versicherungsfreie/r Arbeitnehmer/in.
- Personen im Ruhestandsalter, soweit sie nicht erwerbstätig sind, und sonstige nicht Erwerbstätige.

Die der Berechnung des Einkommens im Bewilligungszeitraum zu Grunde zu legenden Jahreseinkommen werden sich voraussichtlich wie folgt zusammensetzen (Künftige Erhöhungen wie z.B. Tarifierhöhungen bitte berücksichtigen.):

33 **Ich habe Einnahmen im Sinne der Zeilen 36 - 47 und 51 - 62**

1. Jahr

2. Jahr

nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar aus: <input type="checkbox"/>	1. 1. bis 31. 12. 20 <input type="text"/>		1. 1. bis 31. 12. 20 <input type="text"/>	
Bitte Verluste kenntlich machen; Einkünfte bis zum Zeitpunkt der Antragstellung nachweisen	in vollen Euro (Jahressummen)		in vollen Euro (Jahressummen)	
positive Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
positive Einkünfte aus Gewerbebetrieb	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
positive Einkünfte aus selbständiger Arbeit	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
positive Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit einschl. Versorgungsbezüge, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld - auch Abfindungen (steuerpflichtiger Teil)	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
Einnahmen, die aufgrund des Auslandstätigkeitserlasses nicht versteuert werden	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
positive Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
positive Einkünfte aus Kapitalvermögen	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
Sonstige Einkünfte (ohne Rentenanteile)	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
Bruttorenten aus gesetzlichen und/oder privaten Rentenversicherungen	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
Unfallrenten	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
Versorgungsrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und den Gesetzen, die das BVG für anwendbar erklären und Renten nach §§ 31 - 34 Bundesentschädigungsgesetz (BEG) ohne Grundrente bzw. eines der Grundrente nach dem BVG entsprechenden Betrages ohne Schwerbehindertenzulage, Zulage für fremde Führung, Pauschbeträge für Kleider- und Wäscheverschleiß und Pflegezulage	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
voraussichtl. Lohn-/Einkommensteuer	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
Kirchensteuer	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
Solidaritätszuschlag	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
Arbeitslosengeld/Unterhaltsgeld	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
Krankengeld (netto)	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
Insolvenzgeld	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
Überbrückungsgeld	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
Übergangsgeld	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
Kurzarbeitergeld	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
Abfindungen (steuerfreier Teil)	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz bzw. vergleichbare Leistungen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder Betriebsrenten	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
weitere Einnahmen nach der BAföG-EinkommensV (abgedruckt in den Erläuterungen zu Formblatt 7): und zwar	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
weitere Einnahmen, soweit nicht schon vorstehend aufgeführt	Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>

63 **Mir ist bekannt,**

- dass ich verpflichtet bin, die für die endgültige Feststellung des Einkommens im Bewilligungszeitraum erforderlichen Unterlagen (insbesondere Steuer- und Rentenbescheide und Leistungsbezugsbescheinigungen) unverzüglich und unaufgefordert dem Amt für Ausbildungsförderung vorzulegen.
- dass ich verpflichtet bin, jede Änderung meiner wirtschaftlichen Lage, über die ich Erklärungen abgegeben habe, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung anzuzeigen.
- dass unrichtige oder unvollständige Angaben, das Unterlassen von Änderungsanzeigen sowie die nicht unverzügliche und unaufgeforderte Vorlage der für die endgültige Feststellung des Einkommens erforderlichen Unterlagen (insbesondere Steuer- und Rentenbescheide und Leistungsbezugsbescheinigungen) strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die zu Unrecht erfolgten Leistungen aus öffentlichen Kassen zu verzinsen sind.
- dass meine Angaben in dieser Erklärung beim zuständigen Sozialleistungsträger, Finanzamt und beim Arbeitgeber sowie bei Vorliegen der Voraussetzungen durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 AO beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können.

68 Ich versichere, dass ich die Angaben nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe und im Druckteil keine Änderungen vorgenommen wurden.

Ort, Datum

Unterschrift der/des erklärenden Einkommensbezieherin/s